



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Zelle, Georg: Ursprung und Folgen der französischen Katastrophe vom 24.
Mai : dritter Artikel.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Ursprung und Folgen der französischen Katastrophe vom 24. Mai.

Dritter Artikel.

Es ist nicht in Abrede zu stellen, daß die Coalition vom 24. Mai und ihr leitender Ausschuß, — denn als solchen konnte man das streng parlamentarische Ministerium Broglie ansehen, — so lange sie in Vertheidigung der conservativen Interessen ihre einzige Aufgabe sahen, nicht unbedeutende Erfolge erzielten. Die conservative Strömung überwog im Lande. Man empfand das Bedürfniß nach einer starken Regierung; man empfand es um so mehr, da in Frankreich, dem Lande der strengsten Centralisation und der staatlichen Bevormundung, die conservativen Elemente sich stets ohnmächtig fühlen, wenn sie nicht auf eine starke Regierung sich stützen können. In jeder politischen Initiative, die nicht von der Regierung ausgeht, wittert der Franzose ein revolutionäres Symptom; nirgends ist die Regierung so empfindlich gegen Kritik, als in Frankreich, nirgends überwacht sie mit gleicher Eifersucht ihre Prärogative in Verwaltung und Gesetzgebung.

Man sieht das Streben, die öffentliche Meinung zu centralisiren, um sie von den Bureaus des Ministeriums aus nach Belieben reguliren und leiten zu können, als ein besonders charakteristisches Merkmal des Bonapartismus an. Das ist ein einseitiges Urtheil. Allerdings hat der Bonapartismus den Apparat zur Beherrschung der öffentlichen Meinung mit der strengsten Folgerichtigkeit ausgebildet. Aber in diesen wie in anderen Beziehungen befindet er sich weder im Widerspruch zu dem Geiste der französischen Nation noch zu den allgemein gültigen französischen Regierungsmaximen. Die Eigenthümlichkeit des cäsarischen Systems beruht vielmehr darauf, daß in ihm diese Maximen mit der größten Vollkommenheit ausgebildet und zu wirksamer Anwendung gebracht sind, daß in ihm der politische Geist des französischen Volkes seinen schärfsten, seinen classischen Ausdruck gefunden hat. In dem Streben nach Centralisation aber, nach Beherrschung der öffentlichen Meinung, in der Furcht vor jeder von der Regierung unabhängigen Initiative stimmt jedes Regime mit dem cäsarischen überein.

Auch Thiers hatte die conservativen Elemente zu einer Politik des Widerstandes gegen den Radicalismus um sich sammeln wollen. Da er aber mit dem größten Theil der conservativen Partei sich über die Frage der Regierungsform im Widerspruch befand, so entbehrte seine Politik der Consequenz, Thiers sah sich genöthigt, eine Stellung zwischen den Parteien einzunehmen, eine Stellung, die sich nur durch eine fortgesetzte Reihe von Compromissen behaupten ließ. Dadurch setzte er sich mit den politischen Grundanschauungen der Franzosen, denen er doch selbst von Herzen zugethan war, in Widerspruch. Niemand wußte, woran man mit ihm war. War er conservativ, war er liberal, war er radical? Es gab keinen fanatischeren Feind, der „Anarchie der öffentlichen Meinung“, als Herr Thiers, den Verehrer des schroffsten Centralisationsprincips; und dennoch entbehrte unter seiner Regierung die öffentliche Meinung jeder Leitung, weil er seine Stellung nur durch einen beständigen Wechsel, durch die Begünstigung bald dieser bald jener Partei glauben behaupten zu können.

Das war mehr, als die Franzosen ertragen konnten: eine schwache Mehrheit stürzte Thiers, ohne daß die Republikaner auch nur den Versuch wagten, ihn zu halten. Frankreich hatte jetzt eine „starke“ Regierung, die so sonderbar dies erscheinen mag, trotz ihrer Unpopularität, den äußerst empfindlichen materiellen Interessen ein bei weitem größeres Vertrauen einflößte, als die Republik des Herrn Thiers es jemals besessen hatte. Wohin diese Regierung das Land führen würde, davon hatte man freilich keine Ahnung; man war damit zufrieden, bis zum Augenblick der definitiven Entscheidung die Verwaltung starken Händen anvertraut zu wissen und darin glaubte man zugleich eine Bürgschaft dafür zu sehen, daß der Uebergang zu regelmäßigen definitiven Zuständen ohne gewaltsame Zuckungen sich vollziehen werde.

Dies Gefühl wiedergewonnener Sicherheit wurde allerdings durch die Sorge einigermaßen herabgestimmt, daß es nun den coalisirten Parteien einfallen möchte, durch den verfrühten Versuch einer definitiven Lösung das Bündniß der conservativen Parteien in Frage zu stellen. Das war ja von Anfang an die Hoffnung der Republikaner gewesen, und Spuren der Eifersucht zwischen den verschiedenen Gliedern der Coalition waren ja, wie wir schon gesehen haben, früh genug zu Tage getreten. Wie leicht konnte in der Nationalversammlung eine Frage aufgeworfen werden, in der der Gegensatz der einzelnen Fractionen der Majorität zu Tage treten mußte? Wenn die Eifersucht der Orleanisten auf den wachsenden Einfluß der Bonapartisten sich selbst nur in bitteren Worten in der Nationalversammlung Luft machte, konnte eine üble Wirkung nicht ausbleiben. Es mußte alles vermieden werden, was der sehr aufmerksamen, jede Schwäche des Gegners mit dem Scharf-

blick des Hasses erspähenden Opposition einen Beweis für die innerhalb der Coalition bestehenden Spaltungen in die Hand geben konnte. Die Majorität mußte unter allen Umständen wenigstens den Schein vollkommener Einigkeit aufrecht zu erhalten suchen, da jede offen zu Tage getretene Spaltung sofort das Vertrauen auf ihre Macht und somit ihre Macht selbst geschwächt haben würde.

Unter diesen Umständen mußte eine längere Dauer der Sitzungsperiode gefährlich erscheinen. Die Verhandlungen der Nationalversammlung im Mai und Juni, die noch unter der unmittelbaren Einwirkung des Ereignisses vom 24. Mai standen, hatten der siegreichen Partei wie die stets wachsende Majorität bezeugte, eine namhafte Verstärkung zugeführt. Das war Alles, was man von den Verhandlungen augenblicklich erwarten konnte. An die Lösung der großen Fragen konnte man nicht gehen, da man Alles von der Berathung fern halten mußte, was sich von den einzelnen Fractionen ohne ein Zurückgreifen auf ihre besonderen Prinzipien nicht erörtern ließ. Die Verfassungsfrage war also selbstverständlich noch für unbestimmbare Zeit von der Tagesordnung der Nationalversammlung ausgeschlossen. Selbst eine Frage wie die des Stimmrechts bei den Wahlen der Probe einer öffentlichen Verhandlung zu unterwerfen, erschien bedenklich, da auch in dieser Frage die Coalition sich nach ihren Fractionen schied; denn die liberalisirenden Orleansisten, die sich noch immer ihren alten Traditionen gemäß als die Vertreter des höhern und gebildeten Bürgerthums fühlten, waren einer Beschränkung des Wahlrechts bei weitem mehr geneigt, als die Bonapartisten, welche das demokratische Princip, ohne sich selbst aufzugeben, nicht verleugnen konnten, und selbst als die Legitimisten, die mit Hilfe des Clerus das allgemeine Stimmrecht zu ihren Gunsten auszubenten hofften: wie denn ja in der That in gewissen Gegenden der Einfluß des Clerus auf die untersten Classen — wir erinnern an die Wallfahrten — außerordentlich groß war. Und so konnte kaum eine Frage von größerer Bedeutung vor die Versammlung gebracht werden, die nicht das Bündniß der Conservativen wenn nicht zu sprengen, doch zu lockern gedroht hätte.

Es schien nur ein Mittel zu geben, um dieser Gefahr vorzubeugen: die baldige Vertagung der Versammlung auf möglichst lange Zeit. Von Tage zu Tage ließ sich aus den Reihen der intimsten Freunde des Ministeriums der Ruf nach dem raschen Schlusse der Sommeression lauter vernehmen. In den verschiedenen Gruppen der Majorität herrschte über diese Frage zwar nicht genau dieselbe Ansicht; aber die Nothwendigkeit der Maßregel war zu einleuchtend, als daß irgend eine Faction ihr ernstlichen Widerstand hätte entgegen setzen sollen. Ein Gegenstand nach dem andern aus der langen Reihe der brennenden Fragen wurde von der Tagesordnung der Sommer-

session gestrichen, und ad calendas Graecas vertagt. Die Linke und ihre Organe in der Presse höhnten ob der Unfruchtbarkeit und Unfähigkeit der siegreichen Majorität zu gesetzgeberischen Leistungen. Indessen war die Lage zu ernst, als daß die Waffen des Spottes einen besonderen Eindruck hätten machen können. Es war das überhaupt ein großer Fehler der republikanischen Presse, dessen sich besonders auch Herrn Thiers' Organe schuldig machten, daß sie glaubte, mit Ironie, mit guten oder schlechten Witz etwas erhebliches ausrichten zu können. Eine derartige Polemik ist in Frankreich immer sehr wirksam gewesen, wenn es sich darum handelte, eine bestehende Macht langsam und allmählig zu untergraben; aber in Augenblicken hoher Spannung schadet sie vielmehr dem Angreifer, als dem Angegriffenen, denn sie beweist nur, daß derjenige, welcher sich ihrer bedient, über schärfere Waffen entweder nicht verfügt, oder nicht den Muth hat, sie in Anwendung zu bringen; daß er auf Thaten verzichtet, durch die doch allein die Entscheidung herbeigeführt werden kann. Die Taktik, einem starken Gegner dadurch Boden abzugewinnen, daß man ihn unausgesetzt für schwach erklärt und täglich seinen nahen Fall verkündigt, ist von den Republikanern mit der äußersten Consequenz durchgeführt worden. Wer sich aber nicht der größten Selbsttäuschung über den Ernst der Lage hingab, der mußte sich eingestehen, daß am 24. Mai die monarchische Partei einen Erfolg errungen hatte, der sich nicht wegspötteln ließ, den rückgängig zu machen es der äußersten Anspannung aller Kräfte bedürfen würde. Man wollte sich auf die öffentliche Meinung stützen, und dabei thaten die Republikaner alles Mögliche, um die öffentliche Meinung einzuschläfern und zu entnerven. Es war das in vieler Beziehung ganz erklärlich: sie selbst waren entnervt, erschlaft, jedes höheren Aufschwungs, jeder Kraftanstrengung unfähig; sie redeten sich ein, daß sie es mit einem schwachen Feinde zu thun hätten, weil sie sich ihrer eigenen Schwäche zu sehr bewußt waren, um einem ernstern Kampfe mit entschlossenem Muth entgegenzugehen. Ihre einzige Hoffnung war, daß die Coalition in sich zerfallen werde. Der Gedanke, die einigen Gegner durch eigene Kraft zu Falle zu bringen, lag Thiers damals eben so fern wie Gambetta.

Die gefährliche Probe, auf welche die Einigkeit und zugleich die Leistungsfähigkeit der Majorität gestellt werden konnte, wäre die Berathung der constitutionellen Gesetze gewesen. In der Gestalt, in welcher Thiers sie vorgelegt hatte, enthielten sie, auch wenn man die einleitenden Motive, in welchen der definitive Charakter der republikanischen Staatsform betont wurde, wegließ und durch eine andere Motivirung ersetzte, eine wenigstens indirecte Anerkennung der Republik. Die Majorität hätte den Verfassungsgesetzen immerhin einen schroff conservativen Charakter ausprägen, sie hätte sie ganz nach monarchischem Zuschnitt einrichten können: wenn sie in Ermangelung

eines allen ihren Fractionen genehmen Trägers der Krone nicht im Stande gewesen wäre, ausdrücklich die Monarchie und den Monarchen zu proclamiren, so hätte sie damit unzweifelhaft erklärt, daß für den Augenblick die republikanische Staatsform in Frankreich allein möglich wäre. Dies war nun allerdings eine offen zu Tage liegende Thatsache, die von Niemandem bestritten werden konnte. Aber die Mehrheit fühlte wohl, daß es ein gewaltiger Unterschied sei, eine Thatsache nicht zu bestreiten und sie ausdrücklich als nothwendig anzuerkennen, und sie trug daher, und von ihrem Standpunkte aus mit allem Recht bedenken, eine Verfassung zu beschließen, die, wenn sie auch nicht die Republik proclamirte, ja selbst gegen die Rechtsbeständigkeit derselben Verwahrung einlegte, doch den thatsächlichen Bestand der Republik zur Voraussetzung hatte und eben nichts Anderes als die Republik organisirte.

Die Opposition säumte denn auch in der That nicht, durch den ehemaligen Minister Dufaure den Antrag auf Ueberweisung der constitutionellen Gesetze an die Bureaus stellen zu lassen. Die Lage war für die Regierung nicht unbedenklich. Man wußte, daß die liberalisirenden Elemente des rechten Centrums unter Führung des raslos intriguirenden Herzogs von Audiffret-Pasquier versucht hatten, mit dem linken Centrum Verbindungen anzuknüpfen, um auf diese Weise die Majorität weiter nach Links zu verschieben und vor Allem der verhassten Bonapartisten sich zu entledigen. Diese Versuche, wenn sich auch ein positiver Erfolg derselben nicht absehen ließ, trugen in die Coalition doch ein bedenkliches Element des Mißtrauens und der Verwirrung. Es erregte daher nicht geringe Besorgniß, als man vernahm, daß wenigstens ein Theil des rechten Centrums für den Antrag Dufaure zu stimmen beabsichtige. Wäre dieser Entschluß zur Ausführung gekommen, so würde sich die Regierung in der größten Verlegenheit befunden haben. Sie sah ein, daß eine Berathung der Verfassungsgesetze die Majorität nothwendiger Weise sprengen mußte; und dabei konnte sie sich in der öffentlichen Sitzung, wenn der Antrag von einer namhaften Zahl ihrer Anhänger unterstützt wurde, demselben kaum widersetzen. Es wurden denn auch die äußersten Anstrengungen aufgeboten, um das rechte Centrum im ministeriellen Fahrwasser zu erhalten. Und in der That waren die Gründe, welche die Regierung für Vertagung der Verhandlung über die Verfassungsgesetze anführen konnte, zu einleuchtend, um ihres Eindruckes zu verfehlen. Gleichsam als Buße für die glücklich überwundenen Separationsgelüste ergriff das rechte Centrum in dieser Angelegenheit die Initiative, indem es einen der Seinigen, den sonst unbedeutenden Abgeordneten Laurent beauftragte, den Antrag zu stellen, daß erst in dem auf den Wiederzusammentritt der Nationalversammlung nach den Ferien folgenden Monat eine Commission zur Prüfung der Verfassungsgesetze eingesetzt werde. Motivirt wurde der Antrag in allerdings etwas seltsamer

Weise damit, daß das Land kein Interesse an Politik finde und vor Allem arbeiten wolle; eine Prüfung der constitutionellen Gesetze werde wieder Aufregung schaffen und den ruhigen Gang der Geschäfte stören. Nachdem so das rechte Centrum seinen Rückzug angetreten hatte, konnte der Herzog von Broglio, ohne zu befürchten, daß man ihn beim Worte halten werde, erklären, daß die Regierung hinsichtlich der Prüfung der Gesetze keine Schwierigkeiten erhebe, daß sie aber nicht umhin könne, die von Herrn Laurent dagegen angeführten Gründe als stichhaltig anzuerkennen. Außerlich also wurde der Schein gewahrt, als ob die Regierung in dieser Angelegenheit sich ganz dem Willen der Majorität füge, während sie in der That doch Alles aufgeboten hatte, um die Majorität für die Verwerfung des Dufaure'schen Antrags zu bestimmen. So wurde denn am 2. Juli Herr Thiers' Verfassungsentwurf auf lange Zeit vertagt; und wer konnte wissen, ob er jemals wieder auf die Tagesordnung der Nationalversammlung würde gesetzt werden.

Die Gefahr einer Spaltung war für diesmal glücklich beseitigt worden; daß sie aber überhaupt hatte entstehen können, enthielt doch für die Regierung und die Majorität eine ernste Mahnung, der Linken möglichst bald die Gelegenheit abzuschneiden, durch vorsätzliche Interpellationen und Anträge die Einigkeit der Verbündeten auf die Probe zu stellen. Es war fast unvermeidlich geworden, sofort nach der Votirung des Gesetzes über die Heeresreform und der neuen Handelsverträge mit England und Belgien, durch die, indem sie im Wesentlichen die alten napoleonistischen Verträge wiederherstellen, Herr Thiers' engherzige Handelspolitik feierlich eingesargt und bestattet wurde, die Vertagung der Nationalversammlung eintreten zu lassen. Allerdings nahm die Regierung zu dieser Frage nicht genau dieselbe Stellung ein, wie die Majorität. Die Regierung, von allem anderen abgesehen, empfand vorzüglich das Bedürfnis, in ihrer Arbeit für Wiederherstellung der „moralischen Ordnung“ durch keine parlamentarische Controle gehemmt zu sein: die Majorität, wie groß auch ihr Vertrauen in die conservative Energie der Regierung war, mußte doch ein gewisses Bedenken empfinden, für einige Monate ganz vom Schauplatz abzutreten und der Regierung allein den Kampf gegen die Linken zu überlassen. Indessen alle diese Bedenken wurden durch den Hinblick auf die augenscheinlichen Gefahren einer Fortdauer der gegenwärtigen Situation überwunden. Und außerdem konnte sich ja die Coalition durch Ernennung einer Permanenzcommission, der das Recht einer beschleunigten Wiedereinberufung der Nationalversammlung zuertheilt würde, einen für alle Fälle ausreichenden Einfluß auf die Leitung der Angelegenheiten suchen. Zugleich aber gaben sich die einzelnen Fraktionen der Mehrheit bereits der Hoffnung hin, die Ferienmuße für ihre Sonderbestrebungen benutzen und eine definitive Lösung der Regierungsfrage vorbereiten zu können. Das war aller-

dingß eine Hoffnung, die auszusprechen man sich sorgfältig hütete; denn wenn die Bonapartisten eine Ahnung davon gehabt hätten, daß man auf royalistischer Seite sich mit Restaurationsgedanken trüge, so würden sie nimmermehr in eine Vertagung gewilligt haben. Aber sie waren ahnungslos und hofften ihrerseits ihren Einfluß auf die Verwaltung während der Ferien ungestört zu einer Förderung der imperialistischen Interessen benutzen zu können. Von der Unmöglichkeit einer näheren Alliance oder gar einer Verschmelzung der beiden royalistischen Familien waren sie zu fest überzeugt, um betreffs der leise und unbestimmt wieder einmal austauchenden Fusionsgerüchte sich der geringsten Sorge hinzugeben.

So war man also entschlossen, der Session rasch ein Ende zu machen: am 19. Juli wurde der Beschluß gefaßt, die Sitzungen vom 27. Juli bis zum 5. November zu vertagen. Ganz ohne Kampf sollten indessen diese letzten acht Tage nicht vorübergehen. Diesmal war es Jules Favre, der dem Ministerium den Handschuh hinwarf, indem er eine sehr allgemein gehaltene Interpellation an dasselbe hinsichtlich der gesammten inneren Politik der Regierung richtete. Das Land, führte er des Weiteren aus, müsse wissen, wohin die Regierung es führe und welches ihre Absichten und Ansichten in Betreff der legitimistischen, orleanistischen und bonapartistischen Prätendenten seien. Auch warf er der Regierung vor, daß sie die Republikaner von der Verwaltung ausschleße. Ein ungeschickterer Angriff, wie der Jules Favre's, war kaum denkbar. Im Einzelnen hatte sich ja die Regierung manche Blöße gegeben, die bequeme Anhaltspunkte boten, obgleich sich freilich gezeigt hatte, daß sich der Regierung durch den kleinen Krieg wohl Verlegenheiten aber keine Niederlage bereiten ließ. Im Gegentheil hatten alle diese kleinen Nergernisse nur dahin geführt, die Majorität auf die Nothwendigkeit geschlossenen Zusammenhaltens aufmerksam zu machen. Jules Favre wollte es jetzt mit einer Hauptattacke versuchen. Anfangs war der Jubel unter den Republikanern bei der Aussicht auf eine Hauptschlacht groß. Bald aber kam man zu der Einsicht, daß man nur dem Ministerium die Gelegenheit zu einem wohlfeilen Triumph bieten würde, und man hätte die Interpellation gern zurückgezogen, oder Jules Favre veranlaßt, sie zurückzuziehen, wenn man nicht den üblen Eindruck gefürchtet hätte, den das Aufgeben eines mit so viel Geräusch angekündigten und mit so großer Spannung erwarteten Kampfes auf die öffentliche Meinung machen mußte. Es blieb also den Republikanern nichts übrig, als die unzeitige Interpellation zu unterstützen, der gegenüber der Herzog von Broglie leichtes Spiel hatte. Wenn Jules Favre Besorgnisse vor einer bonapartistischen Restauration aussprach, wie reimte es sich damit, daß er zugleich die Regierung einer Begünstigung der Legitimisten und der Orleanisten verdächtigte. Die Beschuldigungen waren so vage und confus, daß Herrn von

Brogli die Antwort von dem Interpellanten selbst geradezu in den Mund gelegt wurde. Der Minister versicherte denn auch mit der ehrlichsten Miene, daß die Regierung ihrem Programm vom 24. Mai, Waffenstillstand der Parteien, Achtung vor der Nationalversammlung und Vorbehalt der Regierungsform, unerschütterlich treu geblieben sei. Auf diesem Programm werde die Regierung auch ferner beharren, die Einigung aller loyalen und konservativen Kräfte werden stets ihr Ziel sein. Bevor man an die Frage der Regierungsform trete, sei erst eine feste Basis für dieselbe zu gewinnen. Das Ergebnis der Debatte war ein der Regierung mit 400 gegen 270 Stimmen ertheiltes Vertrauensvotum.

Gins hatte indessen Jules Favre erreicht: er hatte die Bonapartisten durch seine leidenschaftlichen erbitterten Ausfälle gegen das Kaiserthum mit dem größten Aerger und Ingrimm erfüllt. Seine Ausfälle waren so heftig gewesen, daß es fast schien, als habe er sich für die in sicherer Aussicht stehende Niederlage dadurch entschädigen wollen, daß er seinen Gefühlen des Hasses gegen die von ihm vergebens bekämpfte jetzt zu Boden liegende Macht in Worten freien Lauf ließ. Der Schlag hatte um so härter getroffen, da die Bonapartisten sehr wohl empfanden, daß ihre royalistischen Verbündeten durch diesen Theil der Favre'schen Rede sich keineswegs unangenehm berührt fühlten, wenn sie auch nicht umhin konnten, mit einigen weniger warmen als nachsichtsvoll mitleidigen und darum das Selbstgefühl der Bonapartisten verletzenden Worten sich der Angegriffenen anzunehmen.

Eine weitere empfindliche Demüthigung für die Bonapartisten war, daß die Legitimisten und Orleanisten ihnen in der Permanenzcommission nur einen Sitz zugestanden, was allerdings dem Stimmenverhältniß, keineswegs aber ihren Ansprüchen entsprach. Glaubte man ihrer schon entbehren zu können? Durch den gereizten Ton der bonapartistischen Presse klang eine gewisse Besorgniß hindurch. An eine nahe Gefahr dachten indessen die Bonapartisten noch nicht, weil sie hartnäckig an der Ueberzeugung festhielten, daß eine Verschmelzung der beiden bourbonistischen Parteien zu den unmöglichen Dingen gehöre.

Die Verhandlung über Jules Favre's Interpellation schloß die lange Reihe der sogenannten großen Debatten, die alle nur dazu beigetragen hatten, die Stellung der Regierung zu stärken. Die unbedingte Nothwendigkeit, im Interesse des sehr aufgeregten Handelsstandes noch vor den Ferien mit den Zoll- und Handelsfragen ins Reine zu kommen, veranlaßte eine Verlängerung der Session um wenige Tage. Nachdem am 29. Juli mit großer Majorität die Verträge mit England und Belgien votirt waren, wurde noch in derselben Sitzung die Nationalversammlung vertagt. Der Herzog von Broglio verlas zum Schluß eine Botschaft des Präsidenten, in welcher der Befriedigung über

die gegenwärtige Lage und dem Vertrauen in die Zukunft ein kräftiger Ausdruck gegeben wurde. Im Hinblick auf die nahe Räumung des Territoriums von deutschen Truppen, wurde auch Herrn Thiers der schuldige Tribut der Dankbarkeit gezollt und zugleich die Erwartung ausgesprochen, daß im Augenblicke der Befreiung der Ausdruck der freudigen Gefühle des Landes das seiner Würde entsprechende Maß nicht überschreiten werde. Lärmende Manifestationen, die wenig im Einklang stehen würden mit den schmerzlichen Opfern, welche der theuer erkaufte Friede auferlegt habe, müßten zurückgewiesen werden. Mit großer Entschiedenheit wurde die feste Absicht betont, den Frieden aufrecht zu erhalten. Sich selbst zurückzugeben, werde Frankreich noch mehr als bisher im Stande sein, mit allen Regierungen aufrichtig freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten. Diese Ansicht würde auch von den auswärtigen Mächten getheilt, worüber der Regierung täglich die bestimmtesten Versicherungen zuzingen. — Auf die volle Uebereinstimmung der Regierung mit der Mehrheit der Nationalversammlung wurde an mehreren Stellen der Botschaft mit Nachdruck hingewiesen und die feste Hoffnung auf Erhaltung dieses Verhältnisses ausgesprochen.

Der Eindruck der Botschaft war im Allgemeinen ein sehr günstiger. Selbst die Organe der Opposition mußten ihre Angriffe auf unbedeutende Ausstellungen im Einzelnen beschränken, u. a. auf die etwas kleinliche Bemerkung, daß die Herrn Thiers' Verdienste gezollte Anerkennung der gebührenden Wärme ermangelt habe. Aber derartige für die Schwäche der Opposition charakteristische Kritikeien vermochten nicht, die beruhigende Wirkung der Botschaft abzuschwächen. Frankreich fühlte, daß es von kräftigen Händen geleitet werde und wenn nicht die unsinnige klerikale Agitation unausgesetzt bemüht gewesen wäre, die Leidenschaften aufzustacheln, so würde die Stimmung im Lande ohne Zweifel ruhiger, vertrauensvoller und zuversichtlicher als in irgend einem Augenblicke seit Abschluß des Friedens gewesen sein.

Und dieser Zustand der Ruhe schien jetzt wenigstens bis zum November gesichert. Der Herzog von Broglie hatte bei Gelegenheit der Favre'schen Interpellation die Nothwendigkeit einer fortdauernden Einigkeit der conservativen Fraktionen so nachdrücklich betont, daß man glauben mußte, die Regierung werde es sich vor Allem angelegen sein lassen, diese Einigung zu stärken, sie werde mit Entschiedenheit Alles abweisen, was dieselbe stören und aufs Spiel setzen könne. Und doch nahmen fast unmittelbar nach dem Schluß der Session die Gerüchte von Verhandlungen der beiden bourbonnischen Parteien eine so bestimmte Gestalt an, daß man an ihrer Begründung kaum zweifeln konnte. Auch das wurde bald offenbar, daß die Regierung, und insbesondere der Herzog von Broglie, an den Fusionsversuchen keineswegs unbetheiligt sei, wie sehr sie auch äußerlich eine neutrale Haltung zu be-

wahren suchte. Herr von Broglie hatte in seiner Antwort auf Jules Favre's Interpellation geäußert, bevor man an die Frage der Regierungsform trete, sei erst eine feste Basis für dieselbe zu gewinnen. Wußte er, als er diese Aeußerung that, bereits, daß die Legitimisten sich bereits ans Werk gemacht hatten, diese Basis zu schaffen. Es ist kaum glaublich, daß er es nicht gewußt habe, vielmehr wird man in jener Wendung eine absichtliche Zweideutigkeit zu suchen haben, darauf berechnet, die Versammlung über die Lage der Dinge zu täuschen und insbesondere den Argwohn der Bonapartisten einzuschläfern.

Schon am 31. Juli wurden diejenigen, welche von der Vertagung der Versammlung eine Consolidirung der Coalition gehofft hatten durch die Nachricht in Aufregung versetzt, der Graf von Paris sei nach Frohsdorf zum Grafen von Chambord gereist. Aber schon am folgenden Tage wurde das Gerücht als verfrüht bezeichnet, und am 3. August wurde die Nachricht von der Abreise des Grafen nach Trouville von der „Agence Havas“ mit der Bemerkung begleitet, die Reise des Prinzen nach Frohsdorf sei aufgegeben. Allgemein brachte man diesen raschen Wechsel in den Entschlüssen der Orleans mit einem sehr bigotten Briefe des Grafen Chambord an den Abgeordneten Cazenove de Pradines in Zusammenhang. Man meinte, der Graf habe durch diesen Brief den Fusionisten zu verstehen geben wollen, daß auf ein Zugeständniß seinerseits nicht zu rechnen sei, und in ganz Paris war man einig darüber, daß die Nachricht von der Reise des Grafen von Paris nach Trouville nichts als eine absichtliche Erfindung gewesen sei und daß er in der That nach Frohsdorf sich begeben habe, allerdings nur, um, wie hinzugesetzt wurde, einer Pflicht der Achtung gegen das Haupt des Hauses Bourbon zu genügen. Wenn bei dieser Gelegenheit auch politische Fragen besprochen werden sollten, so würde dies doch jedenfalls mit der größten Zurückhaltung und mit derjenigen Beschränkung geschehen, welche auch die Majorität der Nationalversammlung in Folge stillschweigenden Einverständnisses beobachtete.

Derartige Redensarten konnten aber nur darauf berechnet sein, das Publikum zu täuschen. Ein Besuch des Grafen von Paris am Frohsdorfer Hofe war unter allen Umständen, und wenn bei demselben auch nicht zwei Worte über Politik gewechselt wurden, an sich schon ein Ereigniß von hochpolitischer Bedeutung. Die Wallfahrt des Orleans konnte nur den Zweck haben, die Versöhnung der beiden bourbonnischen Linien anzubahnen, oder die bereits durch Vermittlung eines Dritten angebahnte Versöhnung zum Abschluß zu bringen und zu bestiegeln. Daß der Chef des Hauses Orleans aufs Gerathewohl sich zum Grafen Chambord begeben würde, ließ sich nun aber natürlich

um so weniger annehmen, da die Orleans allzuberechnende Politiker sind, um sich auf ein romantisches Abenteuer von ungewissem Ausgange einzulassen. Es mußten also nothwendiger Weise Verhandlungen vorangegangen sein, und zu so befriedigenden Ergebnissen geführt haben, daß es nur noch einer persönlichen Begegnung der Häupter der beiden so lange feindlichen Linien bedurfte, um die Versöhnung formell zum Abschluß zu bringen. Die Vermittlerrolle hatten, darauf weisen alle Spuren hin, bei dieser Gelegenheit die Häupter der Clericalen, übernommen, und es ist sehr wahrscheinlich, daß die Fäden der Vorverhandlungen in Rom selbst zusammenliefen: wie denn auch die Curie fortdauernd das Fusionswerk unter ihren vorsorglichen Schutz nahm, und als es zur Behandlung der politischen Fragen kam, die durch die Versöhnung der Häupter allein nicht gelöst werden konnten, unausgesetzt ihren Einfluß in milderndem Sinne auf den starren und unbeugsamen Vertreter des Legitimitätsprincips geltend machte.

Die öffentliche Meinung wurde durch die Nachricht von der Reise des Prinzen zwar lebhaft aufgeregt, verhielt sich indessen den Fusionsbestrebungen gegenüber sehr skeptisch und ungläubig. Man hielt eine Unterwerfung der Prinzen des Hauses Orleans unter das legitimiistische Princip für eine moralische Unmöglichkeit. Auch die Orleans erhoben ja nicht bloß einen dynastischen Anspruch, sie vertraten zugleich, gerade wie der Graf von Chambord, politische Principien. Die Julimonarchie hatte sich auf das höhere, gebildete Bürgerthum gestützt; sie hatte das Ideal der parlamentarischen Parteiherrschaft verwirklicht, aber sie hatte die minder bemittelte Klasse von jeder Theilnahme an der Herrschaft ausgeschlossen und sich dadurch in den schroffen Gegensatz zu der immer mächtiger anwachsenden Demokratie gestellt. Ludwig Philipp war durch eine Volkssouveränität auf den Thron gehoben; aber es waren nur die bestehenden Klassen, welche zur Ausübung des Souveränitätsrechts berufen waren. So befand sich die parlamentarische Monarchie der Orleans in einem eben so scharfen Gegensatz zu der demokratischen Dictatur des bonapartistischen Kaiserthums, wie zu der legitimen Monarchie, der sowohl die sociale Grundlage, wie das politische Princip und das aus demselben abgeleitete System der Julimonarchie Gegenstände eines unüberwindlichen Abscheus waren. War zwischen den Vertretern dieser beiden Principien überhaupt eine Versöhnung möglich. Man bezweifelte es allgemein, und war daher sehr geneigt, in der Annäherung der Orleans an den Chef des Hauses Frankreich eine dem letzteren gestellte Falle zu sehen; man meinte, die Orleans wollten den Grafen von Chambord nur zu einer wiederholten schroffen Betonung seines bekannten Standpunktes verlocken: der Graf solle durch eine solche Erklärung sich selbst unmöglich machen, damit, wenn seine Unversöhn-

lichkeit und seine Unfähigkeit, sich in die Anforderungen der Gegenwart zu fügen, constatirt würden, die Orleans als alleinige Vertreter des Königthums übrig blieben. Daher betrachtete man auch das Schreiben des Grafen von Chambord an den Herrn von Pradines als einen an die Adresse der Orleans gerichteten Absagebrief, glaubte, daß mit diesem Schreiben der Fusionsversuch abgethan sei und war daher höchlichst überrascht, als man erfuhr, daß die Erben der orleans'schen Ansprüche und Traditionen dennoch die Reise zu dem Chef des Hauses Frankreich angetreten haben. Auch jetzt noch war man überzeugt, daß die Orleans, denen man jede denkbare Intrigue zutraute, nur die Absicht hätten, den Grafen von Chambord zu noch weiteren compromittirenden Aeußerungen zu veranlassen, um die eigene Versöhnlichkeit der Starrheit jenes gegenüber in das rechte Licht treten zu lassen. Aber sehr bald stellte es sich als unzweifelhaft heraus, daß die Reise nach Troisdorf in der That eine Bußfahrt gewesen war. Das stolze Wort der legitimistischen Organe, es handle sich nicht um eine Fusion der beiden Linien, sondern um die unbedingte und vorbehaltlose Unterwerfung der jüngeren unter die ältere, erwies sich als vollkommen begründet. Die Orleans gaben vollständig und feierlich ihre selbständigen Ansprüche auf, sie schieden aus der Reihe der Throncandidaten und erkannten den Grafen von Chambord nicht nur als Familienhaupt, sondern auch als den einzigen rechtmäßigen Erben der französischen Krone an. Sie verleugneten Alles, worin bisher ihre Kraft gelegen hatte, sie erklärten so unzweideutig und unumwunden, wie es der strengste Verehrer des Legimitätsprinzips irgend verlangen konnte, ihren Vater resp. Großvater für einen Usurpator. Sie verzichteten auf jeden Gedanken, sich wieder von dem Grafen von Chambord zu trennen und unter Umständen als selbständige Bewerber um die Krone aufzutreten.

Die Einheit in der königlichen Familie war vollständig hergestellt: es gab nur noch ein „Haus Frankreich“. War aber die Einigung der Familien auch gleichbedeutend mit der Verschmelzung der Parteien? Auch in dieser Beziehung sollte sich das scheinbar Unmögliche als möglich erweisen. Wir schließen indessen hier vorläufig unsere Betrachtungen ab, behalten uns aber die Darstellung der an Wechselfällen reichen Geschichte der Fusionsbewegung noch vor.

Georg Zelle.